

# 1. August-Rede 2015

Ruedi Noser

*Es gilt das gesprochene Wort*

Ich freue mich mit Ihnen zusammen den ersten August zu feiern und ich freue mich besonders zu Ihnen reden zu dürfen. Ob es für Sie auch eine Freude ist, mir zuzuhören? Das können nur Sie selber beantworten. In den vergangenen Monaten musste ich sehr viel reden, über Themen wie Erbschaftssteuer, über Mindestlöhne, über 1:12, über die Zuwanderung und vieles mehr. All diese Themen wurden mir von Aussen vorgegeben. Nun, am ersten August darf ich mal das Thema wählen. Das ist für mich ein Feiertag und Sie, Sie müssen da nun durch.

Man kann die Schweizer Geschichte, wie wir sie glauben zu kennen, für wahr nehmen oder man kann sie hinterfragen. Man kann überzeugt sein, dass es den Tell und seinen Sohn gegeben hat und dass er den Gessler umgebracht hat. Oder man kann glauben, dass es ein Mythos ist. Man kann das, was Ägidius Tschudi als erste Schweizer Geschichte aufschrieb als Originalquelle und für wahr halten. Oder man kann feststellen, dass auch er erst 300 Jahre nach den Ereignissen diese in der Schweizer Chronik festgehalten hat. Meines Erachtens können wir das Suchen nach Fakten ruhig den Historikern überlassen. Für uns gewöhnliche Schweizer, die wir heute leben, ist der Faktenstreit nicht wichtig. Und wenn jemand beginnt, mit geschichtlichen Fakten in der Politik zu streiten, dann geht es demjenigen selten um Geschichte, aber oft um Rechthaberei. Wer auf die Schlacht von Morgarten zurückgreifen muss, um Probleme von heute zu lösen, der hat sicher nicht die richtigen Rezepte.

Meine Damen und Herren, hier in der Schweiz mögen wir Mythen. Auch ich bin stolz auf den Winkelried und den Wilhelm Tell. Aber diese Mythen alleine ernähren uns nicht, und sie sichern uns auch nicht unseren Wohlstand.

Wir haben die Schweiz aufgebaut, indem wir innovativ waren, Neuem offen gegenüber standen und bereit waren, alte Zöpfe abzuschneiden. Die Geschichte ist wichtig, denn sie gibt uns Heimat. Die Analyse der Realität aber ist ebenso wichtig. Und diese Analyse kann man nicht verbieten, indem man Parolen aus der Vergangenheit schreit.

Mythen stehen uns oft im Weg, die Realität als das wahrzunehmen, was sie wirklich ist. Sicher, Mythen und Märchen haben eine wichtige Funktion, um den Kindern einen Bezug zur Vergangenheit und zur Kultur mitzugeben. Völker aber, die ihren Kindern nur noch Mythen erzählt haben, sind allesamt ausgestorben.

Für uns Zürcherinnen und Zürcher, wie auch für mich, ist die Legende der beiden Heiligen Felix und Regula, die ihre Köpfe nach der Enthauptung noch 40 Ellen weit getragen haben, wichtig. Aber bitte leiten wir daraus nicht ab, dass wir mit kopflosem Wandern durch die Welt Erfolg haben werden.

Für uns Zürcherinnen und Zürcher, wie auch für mich, sind unsere Zünfte, das Sechseläuten, das Knabenschiessen, der Ustertag und die Reformation wichtige, geistige Orientierungspunkte, die man kennen und an die man sich erinnern muss. Ebenso wichtig ist es aber, sich daran zu erinnern, dass man das Monopol der Zünfte aufheben musste, damit sich der Kanton seinen Wohlstand erarbeiten konnte. Genauso wichtig war die Erkenntnis, dass man mit einer Armee, die sich an der Kavallerietradition und am Knabenschiessen orientierte, in Zukunft, also heute, keine Sicherheit mehr schaffen kann.

Es ist wertvoll, dass wir Tradition haben. Unsere Tradition bedeutet aber nicht, dass wir geschichtliche Ereignisse überhöht darstellen und daraus Mythen bilden, die uns den Weg in die Zukunft verwehren. Die Tradition von Zürich ist es, dass wir unsere historischen Werte immer wieder neu definieren und mit der Aktualität und dem Zeitgeist in Einklang bringen. Es ist typisch Züri, dass wir zu unserer Tradition stehen und dass wir gleichzeitig offen für das Neue auf der Welt sind.

Wenn man aus der Schweizer Geschichte etwas lernen will, dann braucht es dazu nicht die grossen Jahreszahlen oder die Heldengeschichten. Was sich wie ein roter Faden durch die Schweizer Geschichte zieht, ist einerseits, dass die Eidgenossenschaft nicht erfolgreich war, wenn sie zerstritten war. Andererseits hat sich die Eidgenossenschaft immer wieder gewandelt und sich an Gegebenheiten, die auf uns von Aussen zukamen, angepasst.

Einigkeit führt dazu, dass man handlungsfähig ist. Uneinigkeit führt dazu, dass man zum Spielball fremder Mächte wird. Einig sind wir nicht, wenn wir bei Volksabstimmungen geteilt sind, wie das zuletzt bei der Masseneinwanderungsinitiative der Fall war. Einig sind wir dann, wenn wir mit 70 zu 30 Prozent entscheiden, wie bei der Erbschaftssteuer. Denn unabhängig davon, ob man bei der Erbschaftsteuer Ja oder Nein gestimmt hat, zeigt das Resultat, dass eine starke Mehrheit keine Erbschaftsteuer will. So diskutiert heute auch niemand mehr über die Erbschaftssteuer.

Wenn wir Schweizer einig sein wollen, braucht es zwei Dinge: Erstens wählen Sie Personen, die sich für tragfähige Lösungen einsetzen, die dann bei der Bevölkerung wirklich eine klare Mehrheit gewinnen. Wählen Sie nicht Personen die schon alle Lösungen kennen. Zweitens machen Sie sich ihre eigene Meinung, wenn sie

abstimmen gehen, unabhängig von Parolen und Parteien. Ich habe tiefes Vertrauen in die direkte Demokratie. Sie verlangt von jedem und jeder einzelnen, dass er oder sie sich Zeit nimmt, um zu entscheiden. Dieses gemeinsame Abstimmen bringt die besten Entscheide. Und wir brauchen gute Entscheide, denn wir haben einige grosse Probleme zu lösen.

Was wir vorher für die Eidgenossenschaft als historische Stärke definiert haben, nämlich die Einigkeit und Handlungsfähigkeit, diese Stärken findet man im Moment in Europa nicht. Europa ist uneinig und kann Probleme nicht nachhaltig lösen. Italien und Frankreich sind reformunfähig, Deutschland profitiert von den Problemen und wird wirtschaftlich immer stärker. Die EZB schwächt den Euro und das Problem Griechenland wird nur verwaltet – und das jetzt schon fünf Jahre lang. Die EU gibt ein zerstrittenes Bild ab und in dieser EU haben wir Schweizer nichts zu suchen. Trotzdem betreffen uns die Probleme der EU ganz direkt. Die Eurokrise ist der Grund für die Frankenstärke, wie auch dafür, dass Firmen in der Schweiz Stellen abbauen müssen.

Wenn Sie die Frage stellen, ob der Franken wieder in Richtung 1.20 geht oder eher in Richtung unter einem Franken, dann stellen Sie indirekt die Frage, ob Europa seine Probleme lösen wird oder nicht.

Machen wir rasch eine direktdemokratische Meinungsbildung:  
Wer von Ihnen denkt, dass Europa das Griechenlandproblem dieses Jahr noch wie auch immer löst – und wer denkt, dass es auch nächstes Jahr weiter diskutiert und zerredet wird?

Nun, wir sind also pessimistisch. Und das heisst, der Franken bleibt gegenüber dem Euro stark.

An und für sich ist eine starke Währung nichts Schlechtes. Denn eine Währung ist gegenüber einer anderen Währung stark, wenn sich die Wirtschaft besser entwickelt als im anderen Währungsraum. Und wir

in der Schweiz haben ja wohl das Ziel, dass wir unsere Arbeit besser machen, als die EU. Damit bleibt die Währung stark. Wenn wir eine schwache Währung wollen, dann müssen wir nur viele Fehler machen, und unsere Währung wird sich von selber abschwächen. Gelegenheit solche Fehler zu machen, haben wir genügend. Man muss nur schauen, was für Initiativen uns am Laufmeter zur Abstimmung vorgelegt werden. Zum Glück verhindert aber eben die direkte Demokratie diese Fehler.

Eine starke Währung heisst also nichts anderes, als dass wir in diesem Land eine gute Politik machen. Wir lästern zwar gerne über die Politik, aber bitte gestatten Sie mir festzuhalten, dass wir auch ein paar Probleme gelöst haben. Wir haben die IV und die Arbeitslosenkasse saniert und wenn wir diese Sanierungsbeiträge ab 2018 der AHV zukommen lassen, ist auch die AHV für weitere Jahre gesichert. Wir haben die Finanzkrise als einziges Land überstanden, ohne dass der Steuerzahler zu Kasse gebeten wurde. Wir haben mehr Lehrstellen als Lehrlinge. Um hier jetzt nicht lange weiterzumachen: Wir machen in unserem Land vieles richtig. Und darum haben wir eine starke Währung.

Bis zu einem gewissen Mass kann die Nationalbank in Extremsituationen dämpfen, aber eben nur bis zu einem gewissen Mass.

Wenn man das so akzeptiert, stellt sich die Frage, was man für die Arbeitsplätze in der Industrie tun kann. Ehrliche Antwort: Kurzfristig muss es die Wirtschaft selber richten. Die Politik kann kurzfristig keine Arbeitsplätze erhalten. Industriepolitik führt nur zu französischen Verhältnissen. Und die wollen wir in der Schweiz nicht.

Die Wirtschaft muss innovativ sein. Nur mit Produkten, die einen grossen Mehrwert generieren, kann man bestehen und Schweizer Löhne bezahlen. Nun, was braucht es vom Staat um innovativ sein

zu können? Selbstverständlich ist ein gutes Bildungssystem die Voraussetzung. Und das haben wir.

Aber das genügt nicht. Innovativ zu sein, heisst für die Wirtschaft, heute zu investieren, um im nächsten Jahr ein Funktionsmodell zu haben, das man im übernächsten Jahr als Prototyp den ersten Kunden zeigen kann. In drei Jahren kann man dann die ersten Umsätze generieren, die dann in vier Jahren zu ersten Gewinnen führen, die in fünf Jahren wiederum versteuert werden können. Wer sich auf so langfristige Projekte einlässt, der braucht Vertrauen in die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Wenn wir aber praktisch alle drei Monate über irgendeine Phantasie-Initiative abstimmen, dann verspielen wir dieses Vertrauen fahrlässig, auch wenn wir schlussendlich Nein sagen. Die Erbschaftssteuer-Initiative hat von 2010 bis zur Abstimmung nachhaltig Vertrauen verspielt.

Und Sie können sicher sein, dass die Abstimmung über die Initiative, die jedem Schweizer, unabhängig davon, ob er arbeitet oder nicht, ein Grundeinkommen verspricht, international zu vielen Zeitungsartikeln führen wird. Auch werden viele Professoren sich zum faszinierenden Gedankenspiel äussern, ohne Arbeit ein Einkommen zu erhalten. Die Schweiz wird als Experimentierkammer Beachtung finden und viele gescheite oder auch weniger gescheite Personen werden sich dazu äussern. Aber fragen sie sich mal: wollen sie ihre Zukunft bauen in einer Experimentierkammer?

Auch wenn wir das Grundeinkommen abschmettern werden, kostet diese Initiative Vertrauen. Denn die internationale Gemeinschaft schaut zwar gerne auf solche Experimente, aber gerade wegen dem unsicheren Ausgang investiert im Fall sicher niemand.

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht die 20 wirtschaftsfreundlichsten Vorstösse im Nationalrat herauszusuchen. Jeder von denen bringt im Kleinen eine Verbesserung. Dann habe ich die 20 schädlichsten Vorstösse angeschaut. Jeder einzelne von diesen schädlichen Vorstössen hat ein höheres Schadenpotential als

alle 20 positiven zusammen. Wenn wir also Vertrauen schaffen wollen, dann muss man in Bern in erster Linie zu vielem gut Gemeintem Nein sagen.

Für die nächste Legislatur braucht es zwischen Politik und Bürgern eine Allianz für Vertrauen und Verantwortung. Diese Allianz sollte sich auf folgende Punkte einigen:

- eine Sozialpartnerschaft, die weder von Gewerkschaften noch von Arbeitgebern missbraucht wird.
- Hohe Forschungs- und Bildungsausgaben, und Investitionen in die Innovation. Letzteres hauptsächlich privat, aber auch vom Staat.
- Die 20 bis 50 schädlichsten Vorstösse muss das Parlament in der Herbstsession ablehnen.
- Die Hochpreisinsel Schweiz soll geschliffen werden, aber nicht durch bürokratische Gesetze, sondern durch die preiskritischen Konsumenten.
- Märkte müssen offen sein. Es braucht einen diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Markt, damit mehr Freihandel und ein klares Bekenntnis zum bilateralen Weg.
- Die Unternehmenssteuerreform III soll zügig umgesetzt werden. Es muss dringendst Rechtssicherheit geschaffen werden, wie Firmen ihre zukünftigen Gewinne von 2018 im 2019 versteuern müssen. Sonst wird bereits heute nicht mehr.
- Die Bürger sollten ihre Unterschrift bei Initiativen nur noch sehr zurückhaltend und nach reiflicher Überlegung geben.

Mit dieser Allianz des Vertrauens und der Verantwortung ermutigen wir die Wirtschaft, weiterhin in den Standort Schweiz zu investieren und hier Arbeitsplätze zu schaffen. Mit dieser Allianz nehmen wir auch ein Rezept der alten Eidgenossenschaft wieder auf. Nämlich einig zu sein und zu handeln. In schwierigen Zeiten muss man sich auf das Wesentliche konzentrieren und einig sein. So erhält man den Wohlstand für die Schweiz.